

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 148.

Donnerstag, den 27. Juni 1918.

25. Jahrg.

Friede! Freiheit! Wohlfahrt!

Das sind die Leitmotive des Lübecker Volksboten.

Jeder aufrichtige Friedensfreund, der mit uns für die baldige Herbeiführung eines

Völker-Friedens

eintritt, der auf der Grundlage gegenseitiger Verständigung der Völker aufgebaut, die sicherste Gewähr für seine Dauer in sich schließt, muß deshalb Leser des „Lübecker Volksboten“ werden.

Soll Deutschland dauernd Vertrauen in der Welt genießen und die Kraft besitzen, rasch und gründlich die Schäden des Krieges zu überwinden, muß weitgehende

politische Freiheit

dem Volke gewährt werden. Auf entschlossenste setzt sich dafür der „Lübecker Volksbote“ ein. Wer die volle staatsbürgerliche Freiheit aller Teile der Bevölkerung erstrebt, muß ihn durch ein Abonnement in seinem Kampfe unterstützen. Für die

Wohlfahrt der Massen

aller Arbeiter, Arbeiterinnen, Soldaten und kleinen Leute in bezug auf soziale Fürsorge, Ernährung und Versorgung tritt unablässig der

Lübecker Volksbote

ein. Deshalb muß ihm von allen Kreisen der Bevölkerung, die gleich ihm für Frieden, Freiheit und Wohlfahrt des Volkes eintreten, zur weitesten Verbreitung geholfen werden.

Der letzte Tag der großen Debatte.

Das Plenum des Reichstags hat sich am Mittwoch auf eine Woche verlagert. In die Sitzung griffte das Gewitter, das sich über Herrn v. Kühlmann wegen seiner Rede vom Montag zusammengezogen hat. Der Elfsässer Haack leitete die Verhandlungen mit Klagen über die militärische Verwaltung in Elfsässer-Lithuanien ein. Die ewige Begründung des Staatssekretärs v. Wallraf, daß die Maßnahmen im militärischen Interesse geboten seien, kommt den Beschwerden nicht auf den Grund. Das stellte auch Genosse Noske zu Beginn seiner Rede fest, die scharf mit der inneren Politik der Regierung ins Zeug ging. Zu der letzten Rede Kühlmanns äußerte Genosse Noske seine Befriedigung darüber, daß sie immerhin einen Fortschritt auf dem Wege der diplomatischen Verständigung bedeute. Ein Eingreifen des Präsidenten hinderte ihn daran, dem Dreiklassenhaue und seinen Verdächtigungen die Wahrscheinlichkeit einer gebührenden Würdigung zuteil werden zu lassen. Den Anzeigenspolitikern wies er die Gefährlichkeit ihres Treibens nach und verurteilte nicht, einen Seitenhieb für Stresemann, dem er eine verblüffende Inkongruenz in der Friedensfrage nachwies. Nach einer deutlichen Klarlegung der Ziele der deutschen Arbeiterklasse in den letzten Weltkriegen fanden sich die Abgg. v. Richthofen und Graf Westarp zu einigen Entgegnungen ein, während Graf Pasadowsky in seiner besonderen nachdenklichen Art seine Meinung kundgab, die sicher in manchem von Interesse ist. Da Graf Westarp sich darüber beschwert hatte, daß Genosse Noske die letzte Rede des Kaisers in seine Kritik einbezogen hatte, schloß sich Präsident Hindenburg voran, die Verechtigung des Hauses, die Reden des Kaisers zu erläutern, festzustellen. Der Unabhängige Haack benützte wie jede auch diese Gelegenheit, die Gegensätze zwischen seiner und unserer Partei durch hämische Angriffe zu vertiefen. Der nachfolgende Redner, Genosse Scheidemann, blieb ihm die Antwort nicht schuldig. Er wies dem Redner nach, daß sich die Kunst der Politik nicht darin erschöpft, mit demagogischen Tricks den Gegner zu schädigen; daß sich dabei konfessionelle und unabhängige Redner in die Hände arbeiten, läßt sich nicht verkennen. Er betonte, daß keine Anzeichen dafür vorliegen, daß der Reichstagsleiter nach seiner Meinung von dem Programm, auf das er sich bei seinem Eintritt festgelegt hat, abgewichen sei, und das für das Programm seines Amtsvorgängers Bethmann

Hollweg, ergänzt durch die Friedensresolution. Wenn die Rechte behauptet, führte er aus, daß die Friedensresolution ohne Wirkung geblieben sei, so irrte sie sich gewaltig. Sowohl im In- wie im Auslande hat sie tiefer gewirkt, als sich vielleicht heute einschätzen läßt. Nach einem trostlosen Versuche des Grafen Westarp, die Reden Noskes und Scheidemanns gegeneinander auszuspielen und einigen persönlichen Bemerkungen verlagte sich das Haus.

Deutscher Reichstag.

Mittwoch, 26. Juni 1918.
181. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Hertling, v. Payer, v. Kühlmann, Wallraf.

Die Debatte über den Etat des Reichstanzlers und des Auswärtigen Amtes wird fortgesetzt.

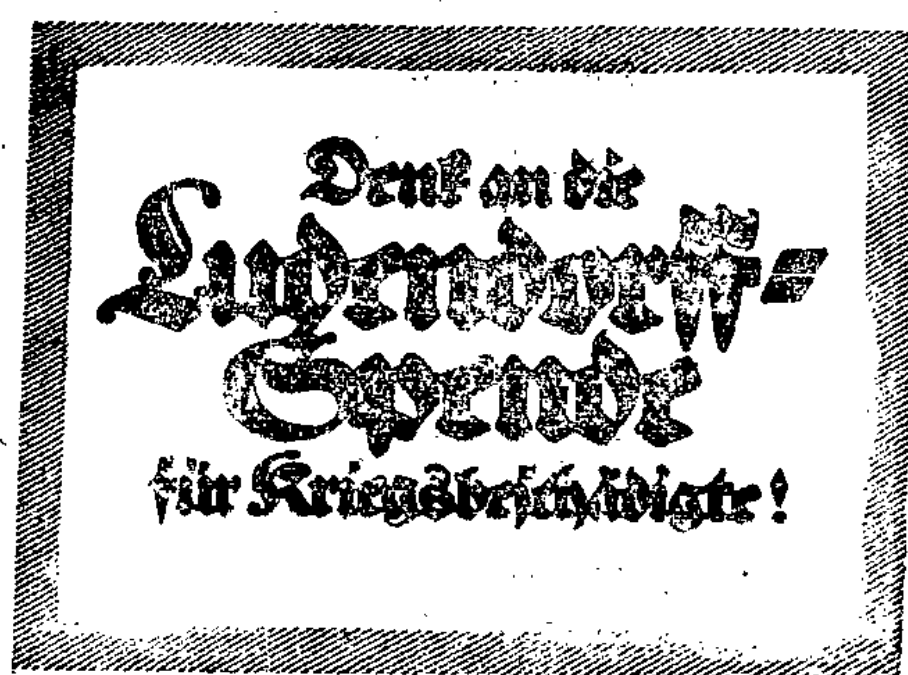
Abg. Haack (Elfs.) führt Beschwerde über das Maulkorbverbot an den elfsässischen Landtag; es ist entwürdigend, daß dem Landtag verboten wurde, über die Frage der reichsständischen Autonomie und andere Punkte zu sprechen. Der Landtag hat daraufhin beschlossen, überhaupt nicht öffentlich zu verhandeln und dies zur Kenntnis der Behörden gebracht. Aber auch die Veröffentlichung dieses Beschlusses sollte wiederum verboten werden. Der Reichstanzler muß der Umgehung und Unkraftsetzung der reichsständischen Verfassung ein Ziel setzen und die Autonomie und die Rechte der Behörden zum Bewußtsein bringen, daß ihre Gewalt begrenzt ist durch die Verfassung. Die militärischen Maßnahmen wollen die elfsäss-lothringische Frage durch die Angliederung an Preußen lösen; das hat Lubendorff in einem Briefe an elfsässische Industrielle; auch als den Wunsch Hindenburgs bezeichnet und den Briefempfänger gerufen, diese Ansicht bei ihren politischen Freunden zu verbreiten. Das elfsäss-lothringische Volk verlangt aber die Autonomie und der Reichstanzler muß diesem Volk die freie Äußerung seiner Meinung ermöglichen. Die Reichshofruhe, die man jetzt in Elfsässer-Lithuanien erzwingt, mag den augenblicklichen Maßnahmen gefallen, sie muß sich aber einmal schwer rächen. (Bravo! bei den Elfsässern.)

Staatssekretär im Reichsamt des Innern Wallraf: Elfsässer-Lithuanien wird vom Feinde als Kampffeld behandelt und kann jeden Augenblick Kampffeld werden. Daher ist jetzt nicht der Zeitpunkt, über die endgültige Gestaltung der Verfassung von Elfsässer-Lithuanien öffentlich zu verhandeln. Die völkische Bewegung ist wert, auf deutscher Seite volles Verständnis und Würdigung zu finden. Der Abg. Haack hat für sie kein Verständnis, er würdigt das Ringen unterdrückter Völker nur dann, wenn es mit den Interessen des Deutschen Reiches nicht verträglich ist. Für seine Beschimpfung der Führer der völkischen Bewegung ist ihm aus dem Hause mit Recht ein Fluch zugerufen worden. Wenn die Militärverwaltung in Litauen bei der Bevölkerung keine große Liebe gefunden hat, so muß man doch bedenken, daß die angeordneten Requisitionen dringend notwendig waren; solche Requisitionen aber sind nicht geeignet, Liebe und Vertrauen zu erwecken. Die deutsche Sprache ist nicht als Schulsprache eingeführt worden, sondern als Unterrichtssache. Immerhin wird es sich fragen, ob der Zwang zur Erlernung der deutschen Sprache der richtige Weg ist. Für den Verkehr in Litauen steht eine Neuordnung bevor, bei der sehr viele Beschränkungen fallen sollen. Dem Reichskommissar sowohl als mir ist es nicht um eine Vergewaltigung anderer Völker zu tun, sondern um ihre Sicherstellung unter Wahrung der Interessen des deutschen Volkes.

Abg. Noske (Soz.): Auf die harten Anklagen aus Elfsässer-Lithuanien hat der Staatssekretär nichts zu antworten gewagt. Die Mißhandlung des elfsässischen Landtages kann man auch gar nicht rechtfertigen. Auch die Maßnahmen in den besetzten Gebieten vermag der Staatssekretär nicht zu rechtfertigen. Gewisse Härten sind natürlich nicht zu vermeiden, wohl aber Brutalitäten. (Sehr wahr! bei den Soz.) In der gesamten Politik der Regierung beobachtet man ein Zögern und Zaudern statt tatkräftigen Zugreifens. Die Arbeitermassen verfolgen daher die Politik der Regierung mit harter Unzufriedenheit und wachsendem Groll. Der Kanzlerwechsel vollzog sich vor einem Jahre in Form, die einen Fortschritt bedeutete. Michaelis ging, weil er sich mit der Mehrheit des Reichstages nicht verständigen konnte und Graf Hertling übernahm das Amt erst nach Verständigung mit der Mehrheit über ein Mindestprogramm. Die Durchführung dieses Programms geht aber sehr langsam vor sich. Die Herabsetzung der Brotration mußte bei einem sehr beträchtlichen Teil der Bevölkerung eine sehr gereizte Stimmung hervorrufen. Die Wahlrechtsvorlage ist eingezogen und ich zweifle nicht, daß Graf Hertling und sein Vertreter mit ihr stehen und fallen wollen. Aber die Art, wie die Junker und große Teile des Zentrums mit ihr umspringen wagen, verwirft den Rest an guter Stimmung und schadet dem Ansehen der Reichsregierung. Ich bedauere lebhaft, daß der Reichstanzler sich die fortgesetzten Provokationen der Reaktionskräfte und Sozialisten gefallen läßt und nicht zur Aufhebung des preussischen Landtages schreitet. (Präsident Fehrenbach unterbricht eine Kritik eines anderen Parlaments!) Der Krieg und Eroberungswille der Feinde besteht fort. Diese Tatsache allein veranlaßt meine Freunde, in manchen innerpolitischen Fragen Zurückhaltung zu üben. Die Rede des Staatssekretärs Kühlmann am Montag war ein neuer Versuch, den Friedenswillen der Staatsmänner zu erhöhen, und das billigen wir durchaus. Herr v. Kühlmann machte alle Kriegführenden zu einem gewissen Vertrauen in die Inständigkeit und Ritterlichkeit der Gegner. Das war notwendig. Die bisher geübten Schimpferien sind gebührender Männer unwürdig. Herr v. Kühlmann sagte, durch rein militärische Handlungen allein ist der Friede nicht zu erreichen. Diese Auffassung teilen meine Freunde durchaus und sie stimmen mit der Ansicht der großen Mehrheit des Reichstages überein, aus ihr heraus stammt die Resolution vom 19. Juli 1917. Die Mehrheit will einen Verständigungsfrieden und auch Graf Hertling hat sich ausdrücklich dazu bekannt. Graf Hertling und sein Vertreter haben am Montag neben Herrn v. Kühlmann und hätten gegen ihn eingerechnet müssen, wenn sie seine Auffassung nicht geteilt hätten. Am Montag abend erfolgte der Angriff des Grafen Westarp, und in der Presse setzte dann die Hölle ein; Junker, Sozialdemokraten, Kapitalisten, alles was reaktionär und annexionsfähig genannt ist, verurteilte den Staatssekretär.

Freunde sind der Meinung, daß Herr v. Kühlmann nur der Sadist ist, auf den geschlagen wird, und der die Schläge weitergeben soll, es soll ihm die Regierung folgen, die Friedensziele verfolgt, welche den Leuten nicht passen. Wir haben in den letzten beiden Tagen den Eindruck gewonnen, daß es wieder einmal um eine Kraftprobe geht. Gewisse Schichten der Kapitalisten wollen die Regierung beteiligen, die ihnen nicht großsprecherisch genug auftritt, und von der sie einen Frieden befürchten, der ihnen nicht genug Beute bringt. Das sind dieselben Leute, die in der Prinz-Albrecht-Straße dem Volke die politische Gleichberechtigung verweigern. Herr Stresemann rühmte allerdings sein Eintreten für das gleiche Wahlrecht. Aber ein großer Teil seiner Freunde revoltiert gegen ihn. Die Nationalliberalen im preussischen Landtag pfeifen auf seine Ratsschlüsse und tun, was sie im Interesse ihres Geldsacks tun zu müssen glauben. Der Vorstoß der annexionsfähigen Presse gegen Herrn v. Kühlmann fand zu unserem Bedauern auch die nachdrücklichste Unterstützung der Militärsenior. In der Pressekonferenz wurde gerügt, daß der „Vorwärts“ aus Kühlmanns Rede die Berechtigung zu der Ueberlieferung nahm: Kein Kriegsende durch militärische Entscheidung. Es widerspricht das der tatsächlichen Lage und die Verbreitung dieser Auffassung wäre die Zerstörung in den Sieg und belebe den Widerstand im feindlichen Lager. Die Oberste Heeresleitung glaube an einen siegreichen Ausgang durch militärische Erfolge. Eine andere Auffassung dürfe nicht verbreitet werden. Von Vertrauen in die Mündigkeit des deutschen Volkes ist in dieser Zensurverfugung nichts zu hören. Vollkommen freie Bahn dagegen hat die annexionsfähige Presse, die mit wütendem Gefliss hinter dem Staatssekretär her ist. — Was der Reichstanzler über die Aufnahme seiner Friedensbereitschaft bei den Feinden sagte, ist unannehmbar. Die „Deutsche Zeitung“ hat die Auffassung, er habe den Staatssekretär abgeschüttelt. Ausgerechnet die „Deutsche Zeitung“ spendet ihm dafür Lob. Der Wortlaut der Rede des Grafen Hertling läßt nach meiner Ueberzeugung diese Deutung nicht zu. Nach die gestrige Rede des Herrn v. Kühlmann bedeutet nach ihrem Wortlaut nicht eine Unterwerfung unter die Konventionen und ihre Freunde. Aber Freunde haben auch meine Freunde nicht daran gehabt. Herr Kühlmann sollte doch daran denken, daß die beste Verteidigung der Dicht ist. Es ist jetzt nicht an der Zeit, den Gegensatz zwischen der Regierung und den Annexionsisten kleiner erscheinen zu lassen, als er ist; die Regierung sollte ihn vielmehr scharf hervorheben. Damit würde sie dem Frieden am besten dienen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch in dem Hauptquartier sollen sich die leitenden Stellen darüber klar sein, daß sie auf den guten Willen und das Vertrauen der Volksmassen unbedingt angewiesen sind. (Leb! Zur bei den Soz.) Es handelte sich am Montag wieder einmal darum: für oder gegen den Verständigungsfrieden. Der Kampf wird ausgefochten werden, hier im Reichstag oder draußen im Lande. Die Annexionsisten verreckten sich, wenn sie glauben, das Volk für ihre selbstherrlichen Pläne mißbrauchen zu können. Schon am Montag hätte dem konservativen Redner nachdrücklich entgegengetreten werden müssen und ebenso den gestern gehörten großsprecherischen Tiraden. Ich habe nie Plausibilität getrieben, denn ich glaube, wir könnten uns bei unserer Lage solchen Luxus nicht leisten. Aber Kraftproben werden haben wie drüben widerlich. Herr Stresemann sagte gestern, er glaube an den Erfolg des Schwertes. Vor Jahresfrist fragte er den Grafen Westarp, ob er es wagen würde, einen Frieden auf Grund des Status quo abzulehnen, wenn die Gegner ihn anbieten. Er hat übrigens die nationalliberalen Politik vom 19. Juli 1917 desavouiert, denn damals führte der Prinz zu Schönau-Carolath bei Begründung der nationalliberalen Revolution aus: Auch heute noch bestimmen wir uns zu dem Satz der Thronrede vom 4. August 1914, daß uns nicht Eroberungslust treibt. Und er sagte weiter, wir sind damit einverstanden, auf dieser Grundlage über den Abschluß eines Friedens zu verhandeln, der dem deutschen Volke das Dasein und die Entwicklungsmöglichkeit gewährt und eine dauernde Verständigung der Völker ermöglicht. Stresemann dagegen glaubt noch an den alleinigen Erfolg des Schwertes. Man kann vielleicht Frankreich zerplagen und England vom Festland verdrängen, aber dann sind immer noch ein Duzend Feinde jenseits der Meere vorhanden. Deshalb halten wir dies Gefährlich nach vollstem Sieg für eine Kraftmeierei, die nur dem Feinde Anlaß gibt, von deutschen Weltbeherrschungsbestrebungen zu reden, natürlich wollen wir den Sieg, solange wir den Frieden nicht haben können. Aber wir sind jederzeit zu einer christlichen Verständigung der Völker bereit. (Sehr gut! bei den Soz.) Dafür hat sich auch der Reichstanzler eingesetzt. Wir hatten es im Augenblick auch für unnötig, über Moralfezerei und solche Lobhudelei auszuheulen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Meine Freunde haben mich beauftragt, offen auszusprechen: der Kaiser redet und telegraphiert in letzter Zeit häufiger. Uns erübrigt seine Zurückhaltung in den letzten Jahren sehr viel unbedeutender. (Leb! Zustimmung.) In der Antwort an Feldmarschall Hindenburg bei Gelegenheit seines Regierungsjubiläums hat der Kaiser gesagt, es handle sich in diesem Weltkriege um den Kampf zwischen der preussisch-deutsch-germanischen Weltanschauung, die Freiheit, Ehre und Gütigkeit hoch hält und dem angelsächsischen Ehedienst des Geldes. Die Zensur des Oberkommandos in den Marken hat in diesem Falle ausnahmsweise einmal ein richtiges Gefühl dafür gehabt, was die politische Situation gebietet. Sie hat verfügt, daß aus dem Auslande keine merke Betrachter über diese Rede des Kaisers der Vorzensur unterliegen. (Hört, hört!) Man hat allerdings einiges Interesse daran, dem deutschen Volke vorzutragen, wie das Urteil sehr breiter Kreise des Auslandes über diese Kaiserrede gelautet hat. Es ist sehr wenig liebenswürdig und schmeichlerisch gewesen. (Zurufe rechts.) So ganz gleichgültig kann es dem deutschen Volke doch wirklich nicht sein, wie die Welt über uns und das deutsche Reich überhaupt denkt. (Sehr wahr! links.) Gegenüber vor dem Volke ist in Deutschland genau so vorhanden gewesen wie in anderen Ländern, und es heißt, die Augen vor Launen zu schließen, wenn man verstehen wollte, daß während des Krieges bei uns ein ganz toller Tanz um das goldene Kalb zu beobachten ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Und gerade die Leute, die am lautesten nach der Fortsetzung des Krieges und nach großem Kriegserfolg schreien, beteiligen sich in erster Linie an diesem

Gesandtschaft. Sie führten zu einem beträchtlichen Teil, für ihren Gehalt, der durch hohe Verluste gefährdet ist, wenn die Kriegslast nicht auf feindliche Staaten abgewälzt werden kann. Die Hauptfrage ist nicht, wer die Schuld am Kriege trägt, sondern wer Schuld an der Fortführung des Krieges hat. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Die deutsche Regierung hat ihre Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage der Formel der russischen Revolution ausgesprochen: keine Annexionen, keine Kriegserklärung. Es mag sein, daß sie dabei irgendwelche Hintergedanken gehabt hat, das kann ich nicht wissen. Tatsache ist, daß die Entente-Regierungen ohne jede Einschränkung die Einladung der russischen Republik zum Friedenskonferenz abgelehnt haben und auf dem Pariser Kongress die Fortführung des Kampfes mit äußerster Kraftanstrengung verfochten hat. Sie verführten auch danach, und Deutschland mußte sich wehren. Zum Glück ist das erfolgreich geblieben. Darüber sind die Arbeitermassen durchaus froh, und sie haben allen Mut dazu. Es ist geradezu natürlich, davon zu sprechen, das Heer mühe nur die Besiegten. Unter einer feindlichen Invasion, unter einer Niederlage, haben die Proletarier überall um meiste zu leiden. (Sehr wahr! h. d. Soz.) An der Friedensresolution des Reichstages ist viel Kritik geübt worden, auch von Freunden der Verständigung. Ich verstehe mich nicht darauf, daß dieser Beschluß ein Ideal darstellt, aber es war doch ein Fortschritt, daß die Reichstagsmehrheit sich auf Nicht-Einstimmen für eine Verständigung einigte, denen sich die Regierung angeschlossen. Taten die Parlamente Englands, Frankreichs und Italiens dasselbe, so könnte man versuchen, einander näher zu kommen. Es ist überaus schmerzhaft, daß das Echo auf diese deutsche Erklärung ausgeblieben ist. ...



nur, daß wir ohne Siegeswillen den Krieg nicht führen und nicht zum Frieden kommen können. (Beifall.)
Herr Dr. Graf v. Posadowsky (D. Fr.): Die Reden gegen die erste Rede v. Kühlmanns teilte ich. Es gibt Geraden, die man zwar im engen Kreise, nicht aber im Reichstage öffentlich aussprechen kann. Dagegen bin ich ich der Meinung, daß Rußland den Krieg entfesselt hat, um aus den wachsenden inneren Schwierigkeiten einen Ausweg zu finden. Unzweifelhaft hat die Reichspolitik Frankreich in die Arme des größten Feindes geführt. So kam es zu der von uns seit vier Jahren mit Staunen und Schaudern gesehenen Ständelung Europas. Eine französische Regierung, die bei einem deutsch-russischen Krieg neutral geblieben wäre, hätte die nächsten 24 Stunden nicht überlebt. Amerika ist nie neutral gewesen. Wichtiger ist auf der Haager Konferenz, wenn ich nicht irre, ein Antrag wegen neutraler Waffenlieferungen an Kriegführende an unserem Widerspruch gescheitert. Bei die schändlichen Verleumdungen, mit denen überall gegen uns gearbeitet wurde, hätte immer wieder geantwortet werden müssen, statt zu schweigen, um die Bevölkerung nicht zu heutzuhigen. Da bildete sich ein wahrer Überglaube an die deutschen Schlechthäter heraus. Im Osten dürfen wir nicht den Anschein erwecken, als ob sich die russische Entwicklung der Randstaaten nach unserem Konzept vollzöge. Katholisch muß der Krieg schließlich einmal durch Verhandlungen abgeschlossen werden. Gott gebe uns gewißswarme, aufrechte Männer, die uns einem guten Ende zuführen. (Bravo!)

Herr Graf Westarp (Kons.): Die Rede Nostkes war eine aufreizende Agitationsrede ersten Ranges. Sie hat vor allem bewiesen, daß das Programm, auf das sich Herr v. Hertling bei seinem Regierungsantritt festgelegt hat, verfehlt war. Wir bekämpfen mit Herrn v. Kühlmann die Reste der Friedensresolution, wobei es sich versteht, daß wir der Betonung des Siegeswillens durch den Reichstagsrat zustimmen. Der Abg. Erpsberger begründete die Resolution seinerzeit damit, daß eine Veränderung der militärischen Lage nicht zu erwarten wäre. Mit dieser Voraussetzung, die eine irrtümliche war, ist die ganze Friedensresolution hinfällig geworden. (Bravo! rechts.)
Präsident Fehrenbach: Graf Westarp hat bedauert, daß Herr Nostke die Person des Kaisers in die Debatte gezogen hat. Er hat sie nicht kritisiert, das hätte ich nicht zugelassen. Aber ich benötige die Gelegenheit, um die präsidialen Grundzüge in dieser Frage festzustellen. Die Uebung hat zuerst geschwunden, aber schließlich wurde sie in einer bestimmten Richtung festgelegt. Ursprünglich hat man vermieden und ist vom Präsidium verhindert worden, die Person des Kaisers in die Debatte zu ziehen. Man hat sich aber gezwungen gesehen, von diesem Grundzüge abzugehen und hat den Weg eingeschlagen, die Erklärung jener Kaiserreden zuzulassen, die durch Gegenzeichnung des Kaisers gescheit waren. Dann aber hat sich gezeigt, daß auch diese Uebung nicht haltbar war und seit langen Jahren ist man dazu übergegangen, die Besprechung von Reden des Kaisers hier zuzulassen. Ich bin nicht geneigt, von dieser Uebung abzugehen, (Beifall links) werde aber streng darauf sehen, daß das in einer Art und Weise geschieht, die der Stellung des Trägers der Krone entspricht und damit auch der Ordnung dieses Hauses. (Beifall.)

Abg. Haase (U. Soz.): Dem Kriegsende sind wir keinen Schritt näher gekommen. (Sehr richtig! h. d. U. Soz.) Das Generalkommando hat einen Jahrurlaub verfügt, wonach eine Debatte darüber, daß eine militärische Entschädigung von den Russen allein nicht zu erwarten ist, geeignet sei. Die militärische Sicherheit zu gefährden. (Hört, hört!) Man ist also glücklich soweit, daß die Militärdiktatur sogar die Politik des Ministers des Auswärtigen durchkreuzt. Die Militärdiktatur herrscht, sie unterdrückt alles, was ihr nicht paßt, auch einen Minister. Herr Nostke erklärte sich mit Herrn v. Kühlmann und Hertling einverstanden. Da sich auch Graf Westarp mit Herrn v. Hertling solidarisch er-

klärte und da zwei Größen, die einer dritten gleich sind, auch unter einander gleich sind, stimmen die Herren Graf Westarp und Nostke gleichfalls mit einander überein. (Große Heiterkeit.) Das ist auch kein Wunder, denn auch heute hat Herr Nostke wieder in die Durchhaltungsparole gestochen. — Meine Meinung über den Rat von Islandern konnte der Staatssekretär kritisieren. Wenn er mir aber ein Bist zumut, wozu nur Abgeordnete berechtigt wären, so ist das eine Annahme. (Zustimmung h. d. U. Soz.)
Abg. Schiedemann (Soz.): Die Abgg. Graf Westarp und von Richthofen haben sich gegen meinen Freund Nostke gewendet, weil sie angenommen haben, Nostke hätte denjenigen, die im preußischen Abgeordnetenhause und hier eine der unfrischen entgegengelegte Politik vertreten, ganz besonders in der Wahlrechts- und Verfassungsfrage, unterstellt, daß sie diese Politik aus persönlichen Gesichtspunkten trieben. Davon war gar keine Rede und das ist Nostke gar nicht eingefallen. Er wollte zum Ausdruck bringen, daß die Betreffenden ihre Politik aus ganz bestimmten Interessen treiben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Graf Westarp hat weiter zu erkennen gegeben, daß die Politik der Sozialdemokratie ihm nicht gefalle. Das verstehen wir vollkommen, denn diese Politik hat der infamen Verleumdung, mit der man immer gegen uns gearbeitet hat, die Spitze abgebrochen, nämlich die Verleumdung, daß die sozialdemokratische Partei sich zusammensetze aus nationalerhetorischen Egoisten und kein Interesse an der Verbesserung ihrer eigenen Heimat habe. Das war in der Tat ein sehr heftiges Kampfmittel und ich verstehe es vollkommen, daß unsere Politik dem Grafen Westarp unangenehm ist. (Sehr gut! bei den Soz.) Dann hat Graf Westarp einen sehr beliebten Trick angewandt, auf den auch der Abg. Haase so reagiert hat, wie ich es als ganz selbstverständlich vorausgesehen habe. Graf Westarp hat sich mit dem Reichskanzler einverstanden erklärt. Das war natürlich dazu bestimmt, die Uebung, die in bestimmten vereinbarten Programmpunkten mit der Regierung zusammengeht, in Gegenstand zu setzen. Der Abg. Haase könnte einen politischen Vergleich, der Hand und Fuß hatte, nicht herbeiführen (Lachen bei den Unabh. Soz.), deshalb nahm er die Geometrie zu Hilfe. (Heiterkeit.) Es ist nicht unsere Aufgabe, jede Aeußerung des Reichskanzlers zu deuten, im Gegenteil, das liegt uns gar nicht. Aber von dem allgemein bekannten Programm, auf dessen Boden der Reichskanzler und wir stehen, ist er gestern, wenn uns nicht alle unsere Ohren getäuscht haben, doch eigentlich im Grunde nicht abgewichen. (Zustimmung. — Rufe bei den Unabh. Soz.: Eigentlich!) Der Ton macht die Musik. Natürlich mit absolutistischen Anklagen kann man alles herausbekommen. (Zuruf des Abg. Haase.) Richten Sie nicht, daß ich mich mit Ihnen auszusprechen; ich mit dem Grafen Westarp auszusprechen lohnt, mit Ihnen lohnt es sich nicht. (Große Heiterkeit.) Also der Graf Westarp ist einverstanden mit den gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers. Was hat der Reichskanzler denn aber gesagt? Er hat das unterworfen, was der Staatssekretär vorgelesen gesagt hat, und das war das, was auch die Friedensresolution sagte, auf die sich ja auch der Reichskanzler bei der Uebernahme seines Amtes verpflichtet hat. Der Reichskanzler ist auch nicht von seinem Vorgänger oder zweiten Amtsvorgänger abgewichen, der hier erklärt hat, daß nie daran gedacht sei, Belgien zu annektieren. Wir verlangen klar und deutlich zu sagen, daß wir bereit sind, einen Frieden zu schließen auf dem Stande des Status quo. Das alles war schon damals erklärt worden. Ich gebe zu, daß aus den einzelnen Sätzen des Kanzlers dies und jenes herausgeklaut werden kann. Niemand in der Mehrheit ist verantwortlich für jede geschickte oder ungeschickte Bemerkung eines Regierungsvertreters. Uns kommt es darauf an, ob wir in den Dingen, die vereinbart sind, mit der Regierung weiter zusammenarbeiten können, oder ob das unmöglich ist. Noch eines: auf höchstliche Zwischenrufe über den Zusammenbruch unserer Partei: Verantwortlich fühlen wir uns — und das verlangen wir von jedem, der sich in den Reichstag wählen läßt — für das Schicksal des deutschen Volkes und Landes. Dieses Verantwortlichkeitsgefühl hat unsere Politik geleitet, und solange die Regierung zu dem steht, was sie versprochen hat, bleibt unsere Politik dieselbe.
Und nun noch eins: Ueber den Sieg und den Glauben an den Sieg ist hier viel gesprochen worden. Ich kann mir überhaupt niemanden denken, der in einen Kampf geht, ohne daß er mit der Absicht zu siegen hineingeht, denn sonst ist er von vornherein verloren. Darum dreht es sich also nicht. Warum sollte man denn auch den Glauben verloren haben, wir würden weiter so siegen wie bisher. Es dreht sich wehmer um ein anderes. Die Frage ist, und das habe ich seinerzeit ausgeführt, ob es möglich ist, daß die eine Mächtegruppe die andere so vernichtend schlagen werde, daß sie ihr den Frieden diktieren kann. Ich fügte hinzu: „Ein Narr, wer das glaubt,“ und das halte ich auch jetzt. Darauf kommt es an, ob durch die Massenentscheidung allein das Ende dieses Krieges herbeigeführt werden kann. Selbstverständlich wird bei den Verhandlungen am besten der abzuweiden, dessen Waffen vorher möglichst günstige Entscheidungen herbeigeführt haben. Das man dem Staatssekretär die Worte im Munde herumgedreht hat — nun dafür kann er sich mit mir trösten, denn schon oft daselbst passiert ist.
Graf Posadowsky sagte, man müsse in der Regierung Männer wünschen, die dies und das, was ihm am Herzen liegt, am besten

Rosi zurflüh.

Eine Geschichte aus den Alpen. Von Johannes Scherr.

14. Teil.
6. Kapitel.
Rosen.
Während weder die Zeitung von Windgellen noch ihre Abonnenten darüber einzig werden konnten, ob der Zukünftige des neulandischen Jagdgesellschaften aus der Hällenschwanz, das laut dem Strobelkapi da draußen in Deutschland in Seide und Samt einherging, ein Graf, ein Fürst, ein Prinz oder gar ein König sei, während die einen die ganze Geschichte gläubig hinnahmen, die anderen sie anzweifeln und einige lächerliche Stammtische sie wohl auch geradezu für ein Märchen erklärten, erhielt die öffentliche Meinung der Talstadt durch ein mißliches Ereignis nach einer anderen Richtung hin neues Material.
Der „erle Ma“ in der Gemeinde, der Seherjäger der Zwiffl, erkrankte so gefährlich, daß man bald an seinem Aufkommen zweifeln mußte. Der Künzle, all sein Lebenlang Krankegelehrter, hatte sich auf der Genspaz eine Erklärung zugeeignet, aus der er sich aber nicht viel machte. Sein Tunel drang zwar darauf, daß er die Soa' heiler abwarre, insbesondere bei dem unerschütterlichen Heilungswort, das zwischen Wärme und Frost zu häufig und ich wußte. Er meinte aber, er hätte jetzt keine Zeit zum Krankelein, und wies den Vorfall, einen Arzt zu beordern, drumm zurück. Es hätte auch wirklich, das Unwohlsein des Bauers sei nicht verstanden, und es wäre auch wohl so geblieben, wenn nur der Patient, wie die Bauern meinte, noch ein paar Tage lang die Stube geheizt hätte. Aber er mußte hinaus, er mußte, mahnen das „ewig Sumpflach“ drinnen am Fluß, die „Haidmatt“, jetzt einmal „in Ordnung gehalt“ werden sollt. Er konnte aller dinstantischen Oppression seiner Ehegattin ungeachtet, die dort eingeschrittenen Dämonenarbeiten, und die Folge davon war ein Kränkel, der sich leicht zu einer heftigen Lungenerkrankung entwickelte. Die Bauern ließ hinter dem Rücken des Kranken, der auch jetzt noch von dem „Ap'herzger“ müde wirken wollte, eilends einen Arzt von Neudingen heranzuschicken; aber es war zu spät. Der Doktor konnte erst am folgenden Tage kommen, und er traf den Kranken bereits in einem Delirium, das nur das Fortpfl des Lebens-geistes war.
Vorher dieser eintrat, kam der Kranke noch einmal zu Harter Scherang. Er ließ seine Tochter an, die bei dreier Stunden nicht von seinem Bette gewesen waren, und sagte: „Kunze, ich mecht, mit mir die Besten am letzten. Du, du, knogget gang zu lo gählt! Sterben muß man sterben, jeder. Kleider dran, wie du bist, und schneid dem Künzle Hand, wie die mit g'angelt hat. Und laß, Ros mit Beil, i sag, der erle Ma, den eine von euch überlebet, der soll ein reichlicher Bauer werden, und soll auf

der Zwiffl hausen. Laßt d' Zwiffl nit in i'ne Hand' kommen! Ich müßt mich ja sonst im Grab umdrehen.“
Diese Vorstellung regte einen Gedanken im dem Sterbenden an, der ihn seit langer Zeit gequält hatte. Er blinnte die verweinte Kopf forschend an und sagte dann halbleise zu seinem Anneli: „Künzli, sag, ist bei der Rosi noch immer nüd um d' Weg?“
Rosi bedeckte das Antlitz mit den Händen, wie um die Tränen wegzumischen, in Wahrheit aber, um ein schmerzliches Erdröten zu verbergen.
Die Mutter warf über das Bett hinweg ihrer Tochter einen ängstlich bittenden Blick zu, bevor sie antwortete. Ach, die treuliche Frau lüchelte jetzt in ihrem Jammer, daß es auch fromme Lügen gäbe. Warum sollte man einem Sterbenden nicht seine letzten Augenblicke versüßen? So sagte sie: „Doch, Künzli, doch!“
„Ist's wahr, Rosi?“ fragte er hastig und sein schon undunkeltes Auge glommt noch einmal auf.
In qualvoller Verlegenheit beugte sich Rosi zu ihm herab. Er nahm ihre Schweigen für eine verschämte Bejahung seiner Frage, legte seine Hände auf ihr Haupt und segnete sie. So tat er auch mit Breneli, und dann sagte er zu seiner Frau, indem er ihr die Hand hinbot: „Anneli, was meinst, wir hei doch glücklich miteinander?“
Als sie das unter strömenden Tränen bejahte und beschwichtigend bejahte, Gott würde so gnädig sein, sie noch länger beisammen zu lassen, verfuhr er: „Nei, nei, Anneli, mit dem ist's gang nüd. 's ist keine do in mit uns 'ne Söhrub (Schraube) los-gang und will sie nitme la festmache. Aber 's ist auch so recht. 's ist alles in Ordnung jetzt und der all' Bait, unser Oberkuch, wird dir und dem Breneli an d' Hand go im Gmach — 's ist e treue Seel. Halte nu allzeit fest i'amme, du, Künzli, mit den Ohnide und ihr, Ohnide, mit dem Künzli. Und lofet, i sag, laßt d' Zwiffl nit in fremde Hand' go, nie, nie!“
Eine Stunde darauf verchied er in den Armen des herbeigekommenen Künzli, der den wuchtigen Körper des Sterbenden in den Armen hielt, bis er ausgeatmet hatte.
Es war ein großer Leidenstag, der den toten Zwifflbauer zu Grabe geleitet. Er war wie die Tannen unserer Berge,“ sagte der Künzli in der Leichenpredigt, „mit dem außen, aber innen gesund und voll Markigkeit. Ein Mann vom besten alten Bauernschlag, der überall, soweit sein Will reichte, das Rechte gewollt und demgemäß gehandelt hat. Er hat, was er für seine Pflicht erkannt hatte, immer offen und ehrlich, ohne rechts oder links zu schauen, und wohl geglaubt und deshalb, mit aufrichtiger Trauer zu sagen: Ein Mann, der von uns gegangen.“ In der ganzen Gemeinde und soweit außerhalb derselben der Künzli Leichenpredigt schmeichelt war, hatte diesem Nachruf niemand widersprechen mögen. Eine so auf sich gehende, freude, im Tüchtigen herbe und barische

Natur, wie der Zwifflbauer gewesen, hatte freilich nicht ohne Feinde bleiben können. Bald nach seinem Tode stand aber auch diese, es dürfte lange währen, bis wieder so einer der Gemeindeglieder vorstünde. Es sei gung es bizzelt und neime mehr als e bizzelt „eigentlich“ und „stiergründig“ (eigentlich) und stierköpfig drein g'fahren, aber dabei hält' er 's Herz auf dem rechten Fleck g'habt, sei sauber über's Nierenstück g'it (er sei unbeschäftigt gewesen aber kein Heuler, der unter dem Deckmantel seines Amtes seinen persönlichen Vorteil gefördert), und für d' G'meind' hält' er 's Leben g'lassen, wenn's hält' sein müssen. Dieser Wahrpruch des über den Zwifflbauer gehaltenen Totengerichts charakterisiert zugleich das Wesen häuerischen Patriotismus. Die Gemeindeglieder ist die Welt des Bauers, wenigstens die des Bauers von germanischem Stamme. Sein durchnas laubar Patriotismus ist noch gar nicht oder doch nur in seltenen Fällen dazu gelangt, sich zur mit dem Herzen erfaßten Vorstellung vom Staat zu erweitern. Im Gegenteil, vom Staat möchte er am liebsten gar nichts wissen, und er betrachtet ihn ziemlich unverschämten als seinen und der Gemeinde Feind.
Der Rosi ging des Vaters Verlust sehr nahe, und die Mutter, obgleich selber tief betriibt, mußte der Tochter Trost zusprechen, als diese nach dem Leichenbegängnis mit ihrem Manne von der Zwiffl zum Künzli sich aufmachte. Die junge Frau hatte ihren Vater doppelt lieb gehabt, seit er, ihr jüngstes Kind nicht nur erfüllend, sondern überbietend, den Ruodi so recht wie einen Sohn gehalten. Und jetzt, gerade jetzt, da sie alle so freundlich und friedlich miteinander gelebt, hatte der Vater sterben müssen! Als auf dem Wege zum Bodeli dieser Gedanke Rosi's Herz mit Bitterkeit erfüllte, ließ sie sich nicht träumen, daß bald eine Zeit kommen würde, wo sie den Toten glücklich preisen müßte, daß er hingegangen, bevor er sein Kind unglücklich gesehen.
Dahem ging die Trauernde in das an ihre Schlafkammer stoßende Hinterstübli, sich auszuweinen. In diesem kleinen Gemach, das Ruodi mit besonderer Sorgfalt hatte ausstatten lassen, wachte die junge Frau ihre und ihres Mannes liebste Sachen. In Kasten und Kästchen hing und lag da mancherlei Wertvolles und Wertloses, Andenken an frohe und trübe Stunden, Denkmäler der Freuden- und Leidensaktionen der Lebensreise. Dort auf der Kommode stand eine zierlich geschmückte Lade, und darin vermauerte der Ruodi seine Papiere, worunter auch die Kapitalverträge, in der Schublade schliefen Briefe gerannt, die seine Frau ihm zugebracht hatte. Ueber der Lade hing hinter Glas und Rahmen Rosi's Brautkranz an der Wand, für die junge Frau immer noch eine Reliquie, die nur die süße Erfüllung der liebsten Hoffnung ihres Lebens besaure. Gegenüber zog sich eine Truhe oder Sidel an der Wand hin, und darin lag das Brautkleid Rosi's in jahrmehrende Leinwand sorgfältig eingeschlagen.
Fortsetzung folgt.

machen. Es sollte das sicherlich nicht eine Empfehlung seiner Person sein. Aber er soll doch nicht so einseitig urteilen. Es kann sich nicht darum handeln, daß die Regierung die Stimmung aufrecht erhält. Eine Stimmung läßt sich auf die Dauer ebensowenig aufrecht erhalten, wie sich Begeisterung einpflanzen läßt. Die Regierung muß aber vor allem dafür sorgen, daß das Volk nicht erschüttert wird in dem Glauben, die Regierung werde jeden Augenblick einen Frieden der Verständigung schließen, wenn sie die Gelegenheit dazu hat. (Lobh. Zustimmung bei den Soz.) Graf Westarp bewies, daß die Friedensresolution des Reichstages nach innen und außen Wirkungen gehabt habe. Wie glauben Sie wohl, wie es heute in England aussehen würde, wenn die Resolution damals nicht angenommen worden wäre. Das sollen sich die Herren überlegen. Und daß die Resolution im Ausland keinen Erfolg gehabt hat, kann man behaupten, wer die Dinge im Ausland nicht kennt. Die feindlichen Regierungen sind frampfhäufig bemüht, die Stimmung ihrer Völker immer wieder aufzureizen, und nichts kommt ihnen dabei mehr zuträglich, als die Reden aus den Kreisen der Altdenklichen und der Vaterlandspartei. (Zustimmung bei den Soz.) Die Stimmung ist zum Frieden geneigt in England wie in Frankreich. Die pazifistische Strömung dort ist ganz unverkennbar; da geht aus zahllosen Angelegenheiten hervor. Deshalb müssen wir klar zum Ausdruck bringen, daß die große Mehrheit des Reichstages bereit ist, jeden Tag in Friedensverhandlungen einzutreten und einen Frieden abzuschließen, der das, was wir als Voraussetzung für einen Frieden oft genug auseinandergesetzt haben, dem Deutschen Reich sichert. Das ist auch von den Rednern der Mehrheitsparteien hier zum Ausdruck gebracht worden. Wenn nun denn, die unsere Politik mißbilligen, behauptet wird, das Ausland sehe darin ein Zeichen der Schwäche, so muß man das andere Bekenntnis hinzufügen: Wenn die Regierung, wenn der Reichstag, wenn alles, was in Deutschland irgend etwas zu sagen hat, bereit ist zu einem Friedensschluß auf verständiger Grundlage, dann kann man dem auch hinzufügen, daß die Gegner nicht von uns verlangen sollen, namentlich nicht von der deutschen Arbeiterschaft, daß sie das an Deutschland tun soll, was die englischen und französischen Generale bisher nicht fertig gebracht haben. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Graf Westarp (Konf.): Das Verhältnis der Rede des Abg. Scheidemann zu der des Abg. Noske erinnert mich etwas an den Vorgang mit der Rede des Reichstanzlers nach der des Staatssekretärs v. Kuhlmann. (Lachen bei den Soz.) Ich hatte die Rede des Abg. Noske als ziemlich heftigen Vorstoß gegen den Reichstanzler aufgefaßt, vor Herrn Scheidemann sind wir nun eines anderen belehrt worden. Herr Scheidemann hat ausgedrückt, daß die Rede des Reichstanzlers, wie er sie auffaßt, durchaus auf dem Boden der Friedensresolution gestanden hat. Ich könnte versuchen, das Gegenteil nachzuweisen, will mich aber an diesem annuitigen Gesellschaftsspiel nicht beteiligen. Wir bleiben dabei, daß die Entwicklung der Dinge unseren Ruf: Los von der Friedensresolution! als berechtigt erwiesen hat. Daraus folgern wir, daß der Reichstanzler sich von dieser Politik der Friedensresolution, die wir für schädlich halten, lösen wird.

Präsident Fehrenbach: Die Diskussion ist geschlossen.

Abg. Ledebour (U. S.): Herr v. Papen wollte noch reden. (Heiterkeit.)

Präsident Fehrenbach: Ich mußte nicht, daß Herr Ledebour Herold der Regierung ist. (Heiterkeit.)

Abg. Ledebour (U. S.): Ich habe es ihm von den Augen abgesehen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Erzberger (Zentr.) erklärt in persönlicher Bemerkung, daß er kein Wort von dem zurückzunehmen gedenkt, was er zur Begründung der Friedensresolution gesagt habe. Graf Westarp aber werde die Worte des Herrn v. Hennebrand von der Wirkung des U-Boot-Krieges innerhalb sechs Monaten nicht aufrecht erhalten können.

Der Etat des Reichstanzlers und Auswärtigen Amtes wird bewilligt; ebenso debattelos eine Reihe kleiner Etats und das Etatgesetz.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 2. Juli, nachm. 2 Uhr. (3. Lesung des Etats in Verbindung mit der zweiten Lesung des rumanischen Friedensvertrages.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

Der amtliche Kriegsbericht.

WZ. Großes Hauptquartier, 27. Juni. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.
Die Lage ist unverändert. Keine Tätigkeit des Feindes nördlich der Scarpe und Somme, nördlich von Soissons und südwestlich von Reims. Auf der Kathedrale wurden erneut Beobachter des Feindes erkannt.

Während der Nacht nahm die Artillerietätigkeit auch an den übrigen Fronten zwischen Meer und Marne in Verbindung mit Erdbebenbeobachtungen der Infanterie wieder zu.

Seezuggruppe Gallien.
Auf dem westlichen Meeresufer führten vier erfolgreiche Erkundungen durch. Nördlich von St. Mihiel wurde ein starker Vorstoß des Feindes abgewiesen.

Uns feindlicher Bombenstaffeln, die in den beiden letzten Tagen zum Angriff gegen Karlsruhe, Offenburg und das lothringische Industriegebiet vorrückten, wurden 5 Flugzeuge abgeschossen.

Unsere Bombengeschwader griffen gestern Paris und auf dem Wege dorthin Bahnhofsgebiete und Flugplätze des Feindes an. St. Etienne errang seinen 25. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Notwendigkeit beigelegt, ein Zentrum für Bergbau und Hüttenindustrie im Ural zu schaffen, und zwar durch eine technisch-organisatorische Vereinigung des industriellen Lebens des Urals mit Westsibirien. (Dazu gehören die Organisation technisch-wissenschaftlicher Expeditionen, der Bau von Eisenbahnen und Ausbau der Wasserwege). Alle Fabriken und Bergwerke müssen inspiert werden. Die Tätigkeit solcher, die technisch rückständig sind und nicht den Anforderungen entsprechen, soll eingestellt werden. Die Produktion von Rohstoffen und Halbfabrikaten, die zum Warenaustausch zu verwenden sind, muß gehoben werden. Zwecks richtiger Organisation der Industrie ist als notwendig erkannt: strenge Kontrolle, planmäßige Verteilung durch Bildung eines einzigen Zentrums, das die Bestellungen unter die sozialisierten Fabriken und die Schichtarbeit unter die Konjunkturanten mit Hilfe der Konjunkturgenossenschaften und anderer örtlicher Organisationen verteilen soll. Der Kongreß hat zusammen mit dem Kongreß der Bezirkskommissare für Arbeit sich der Resolution über die Arbeitsdisziplin, die vom Allrussischen Verbande der Gewerkschaften angenommen war, angeschlossen und eine Regelung über die Verwaltung der nationalisierten Fabriken getroffen.

Als Basis der Wirtschaftspolitik ist neben der Zentralisation und Konzentrierung des ganzen Handelsapparates in den Händen der Organe des Staates und Genossenschaften, die vollständige Liquidation des privaten Handelsapparates, die Schaffung des Naturalaustausches zwischen den einzelnen Gebieten, die Einführung fester Preise auf alle Fabrikate und die allmähliche Herabsetzung dieser Preise festgelegt worden.

Die Finanzpolitik und der Geldumlauf sollen den Forderungen der Wirtschaftsorganisation untergeordnet werden. Angesichts der finanziellen Lage ist eine Erhöhung der direkten und indirekten Steuern notwendig.

Die agrarrevolutionäre Bewegung.

Nach einer Meldung der Presse vom 24. Juni soll sich der anstehende Erlass des Reichspräsidenten über die Agrarrevolutionäre Bewegung in der Spitze der neuen sibirischen Regierung gestellt und ein Manifest an das russische Volk erlassen haben.

Nach der polnischen Presseagentur hat Trozki folgenden Befehl an die russische Armee und Flotte erlassen: Unter den Berufsoffizieren macht sich eine Abneigung gegen den Kampf mit den Tschechen-Slowaken bemerkbar. Die Tschechen-Slowaken sind ein Werkzeug in den Händen fremder Eindringlinge, die die russische Republik unterjochen wollen. Die Sowjetregierung wird die Nichterfüllung militärischer Pflichten nicht dulden. Diese Warnung ist die erste und die letzte.

Die Passverweigerung für Trozki.

In Beantwortung einer Anfrage erklärte Lord Robert Cecil im Unterhaus namens der Regierung: Trozki wurde die Erlaubnis, anlässlich der Arbeiterkonferenz in England zu besuchen, verweigert. Man ging dabei von der Erwägung aus, daß es unter keinen Umständen im öffentlichen Interesse gelegen hätte, ihn im gegenwärtigen Augenblick nach England kommen zu lassen.

Warum wohl nicht im gegenwärtigen Augenblick?

Kleine Nachrichten.

Die deutsch-englischen Austauschverhandlungen im Haag nehmen einen günstigen Fortgang. Kerenski ist in London angekommen.

Der Friedensvertrag mit Rumänien.

Die Verhandlungen des Hauptausschusses vom Dienstag drehten sich in der Hauptsache um das Schicksal der Auslandsdeutschen in Bessarabien und der Ukraine. Graf Westarp äußerte, daß die beharabischen Ansiedler eine gewisse Selbstständigkeit haben wollten zur Ansiedlung im kompakten Gebiet. Neuländische Pläne hätten die Deutschen in Südrumänien, die sich in Laurien und in der Ukraine ansiedeln wollten. Die so entstandenen staatlichen Gebilde wünschten dann Anlehnung an die Ukraine. Die Regierung soll diesen Wünschen entgegenkommen zeigen. Gegenüber diesen Forderungen wurde von verschiedenen Seiten eingewendet, daß sie zu außerordentlich bedenklichen Konsequenzen führen könnten. Noske (Soz.) jagte, so tragisch das Schicksal der Deutschen in Russland sich auch gestaltet habe, so dürfe man doch nicht Pläne unterstützen, die selbständige Staaten keineswegs zu erzeugen imstande seien. Wie sollte man z. B. ein deutsches autonomes Sebastopol auf die Dauer halten? Man solle natürlich den Deutschen im Auslande möglichst entgegenkommen, aber das könnte doch nichts anderes sein, als deutsche Bürger in fremden Staaten, die sich den Bedingungen ihres neuen Heimatlandes möglichst anpassen müssen. Auch Scheidemann äußerte sich dahin, man müsse zwar die Deutschen im Auslande möglichst schützen, aber die Ausländer müßten doch die Konsequenzen ihrer Auswanderung selber übernehmen. Wohin würde man z. B. kommen, wenn man sich der Deutschen in Amerika in dieser Weise, wie es jetzt von den Deutschen in Südrumänien gefordert werde, annähme? Ganz ähnliche Ausführungen machte der Abg. Kaumann (Vpt.). Der letzte, einzelne Forderung der Deutschen im Auslande seien geradezu phantastisch, beispielsweise, wenn sie eine besondere Justiz nach Art der früheren Kapitulationen in der Türkei, sowie weiter verlangten, in deutscher Heere zu dienen. Darauf könne doch eine Regierung unmöglich eingehen. Zu verhandeln seien nur andere Forderungen der Auslandsdeutschen nach lokaler Verwaltung, eigenen Schulen usw. — Staatssekretär v. Kuhlmann führt dazu aus, die Regierung könne den Wünschen dieser Auslandsdeutschen möglichst entgegen, das beharabische Problem sei begrenzt und werde auf volles Verständnis im Rumänien kommen.

gen dagegen die Dinge in der Ukraine und in Groß-Rußland, wo massenhafte Umsiedlungen notwendig würden, wollte man die Wünsche der Ansiedler befriedigen. Es sei zu hoffen, daß entsprechende Forderungen trotzdem gestellt würden. Zu den Gebietsabtretungen im rumanischen Friedensvertrag führt Scheidemann aus, wie man denn eigentlich aus dem protokollarischen Akkordium herauszukommen gedenke. Uebrigens fragen stellt Graf Westarp (Zentr.) sowie Kaumann (Vpt.). Die Antwort des Staatssekretärs v. Kuhlmann ist vertraulich. Die Artikel 6—12 des Friedensvertrages werden hierauf genehmigt.

Die Arbeitskammern.

In der Sitzung am Dienstag nahm der 31. Reichstagsausschuß die Weiterberatung des Antrages auf, der Fachkammern zu lassen will, soweit nach dem Stande der gewerblichen Entwicklung ein Bedürfnis besteht. Dazu beantragen mehrere Abgeordnete den Zusatz: „sofern die Berufsvereine der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich für die Errichtung erklären“. Der Zusatzantrag wurde mit 14 gegen 13 Stimmen und dann der so geänderte Antrag über Fachkammern bei einigen Stimmenerhaltungen angenommen. — Rummehr begründete Abg. Hasezahl (Soz.) die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter in das Gesetz. Mit der rechtlichen Gleichstellung der Landarbeiter würde dem Interesse der Landwirtschaft, aber auch unserer Volksernährung gleichzeitig genügt. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Landwirtschaft vor allem die durch veraltete Landesgesetze aufrechterhaltene Rechts- und Schullosigkeit des Landarbeiters verlangen überdies gebieterisch die Einbeziehung, die die Vorlage nicht bringt; anstatt Ausnahmegestimmungen aufzuheben, werde eine neue geschaffen. Nur so sei die Absicht zu kennzeichnen, die Landarbeiter in den Landwirtschaftskammern auf ein totes Gleis zu setzen. Alle Eingaben der Landarbeiterverbände, namentlich die des Zentralverbandes der Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, begründeten die Notwendigkeit auf Einbeziehung in die Arbeitskammern. Immer stärker überwiege das Bedürfnis nach Wahrnehmung reiner Arbeitnehmerinteressen. Da zahlreiche Landarbeiter im Winter auf eine ständige bezw. gewerbliche Beschäftigung angewiesen sind, sei es aus alledem notwendig, sie in die Arbeitskammern einzubeziehen. Zunächst lief vom Zentrum und den Nationalliberalen ein Antrag ein, die Regierung zu ersuchen, im Reichstag einen besonderen Gesetzentwurf einzubringen. Abg. Weinhausen (Vpt.) beantwortete die sofortige Einbeziehung und Schaffung besonderer Fachkammern. Staatssekretär v. Stein antwortete, daß auch den Landarbeitern Gelegenheit zu verschaffen ist, innerhalb einer gleichlichen Vertretung neben den Arbeitgebern ein Amt zu übernehmen, die für sie von Interesse sind. Aber alle Fragen der Landwirtschaft sind Angelegenheiten der Einzelstaaten, die bereits in Vorarbeiten eingeleitet sind. Es bestehe z. B. häufig keine Grenze zwischen Kleinbauer und Landarbeiter, die vielfach wiederum nur als Gesinde beschäftigt sind. Ein preussischer Regierungsoffizier preist das Zusammenarbeiten der Landarbeiter mit anderen Sachverständigen der Landwirtschaft — in den Landwirtschaftskammern. — Abg. Behrens (Dsch. Fr.) lehnte diese Lösung ab: bezeichnend sei, daß zwar alle sonstigen Beteiligten von der preussischen Regierung gehört seien, nicht aber die Landarbeiter und deren Verbände. Was zu erwarten sei, zeigten die bayerischen Absichten; danach sollen bei den Landwirtschaftskammern „höchstens ein Fünftel der Vertreter“ für Arbeiter in Betracht kommen. Die Vertreter sollen nicht gewählt, sondern nur für eine Präsentationsliste gewählt werden. — Abg. Hise (Zentr.) hat keine Sympathie für die preussisch-bayerische Lösung. Wohl sei ein Sondergesetz erwünscht, aber durch das Reich. Die Einbeziehung der Landarbeiter in das vorliegende Gesetz bedeute für dasselbe eine neue Klippe. — Abg. Brandes (U. Soz.) hält den Antrag Hise für eine überflüssige Verschleppung. — Abg. Siebel (Soz.) erklärt ihn angesichts der preussischen Absichten für äußerst gefährlich, weil dieser Antrag dem Reichstage auf absehbare Zeit die Gelegenheit nimmt, zugunsten der ländlichen Arbeiter zu handeln. Die preussische Absicht ist, den Jammer der Kleinbauern und Landarbeiter zu festigen. Nur vollwertige Arbeitskammern können den ländlichen Arbeitern nützen, die nützlich sind für das gesamte Gelände zuständig zu machen sind. — Abg. Dr. Wildgrube (Konf.) befandete seine volle Zufriedenheit über die Absichten der preussischen Regierung.

Der Ausschuß hat in der Sitzung am Mittwoch die Beratung über die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter zu Ende geführt. Ein Antrag des Abg. Weinbaum (Vpt.) verlangt, daß im Falle der Einbeziehung der Landarbeiter für sie und die Arbeitgeber Fachkammern zu bilden sind. Dieser Antrag wurde bei 3 Stimmenerhaltungen angenommen, und darauf wurde mit 19 gegen 6 (3 konservative und 3 Zentrumsstimmen) beschlossen, daß in dieser Weise die Landarbeiter in das Arbeitskammergesetz einzubeziehen sind.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Kriegsteuerzulagen für die Führerinnen und Schaffnerinnen der Lübecker Straßenbahn. Der Bürgerausschuß hatte sich gestern mit folgendem Senatsbescheid zu beschäftigen: Im Betriebe der Lübecker Straßenbahn erhalten die Führer und Schaffner die gleichen Zulagen wie die staatlichen Arbeiter, nämlich Verheiratete 36 Mk. monatlich und 6 Mk. für jedes Kind, die Ledigen monatlich 24 Mk. Die Führerinnen und Schaffnerinnen erhalten monatlich 24 Mk. Die Führerinnen oder Kriegswitwen sind, eine Teuerungszulage von 6 Mk. monatlich für jedes Kind. Die weiblichen Angestellten haben gebeten, ihnen die gleichen Teuerungszulagen zu gewähren, wie ihren männlichen Kollegen, da von ihnen die gleichen Leistungen verlangt werden. Der Senat muß ihnen die Verwirklichung der Lübecker Straßenbahn die Bitte um Gewährung einer Teuerungszulage an sich für berechtigt anerkennen. Es erscheint ihm indes ausserordentlich, wenn den verheirateten weiblichen Kräften monatlich 18 Mk. und den ledigen monatlich 12 Mk. gewährt werden, und zwar aus folgenden Gründen: die verheirateten männlichen Personen haben außer für sich für ihre Frau und etwaige Kinder zu sorgen, während die Frauen zwar auch einen eigenen Hausstand führen, aber darin doch nur ihren eigenen Unterhalt und gegebenenfalls auch den ihrer Kinder bestreiten müssen, bei ihnen also die Hauptverson in Fortfall kommt. Die ledigen weiblichen Personen aber, die für einen eigenen Haushalt überhaupt nicht zu sorgen haben, und sich billiger einrichten können als männliche Personen, sowie diejenigen Frauen, deren Männer nicht zum Heeresdienst einberufen sind und mit für sie sorgen, und die deshalb den Ledigen gleichgestellt werden sollen, bedürfen nach dem Ansicht des Senates keiner so hohen Teuerungszulage wie die Männer. Nach dem derzeitigen Personalbestande würden zur Gewährung der vorerwähnten Zulagen monatlich 3648 Mk. erforderlich sein. Der Senat stellt daher zur Billigung des Bürgerausschusses: daß der Betriebsbehörde zur Gewährung von Kriegsteuerungszulagen an die Führerinnen und Schaffnerinnen der Lübecker Straßenbahn, und zwar in Höhe von 18 Mk. monatlich an die Verheirateten und 12 Mk. monatlich an die Ledigen, für das Rechnungsjahr 1918 der Betrag von 43 776 Mk. aus dem dem Senate zu „Kriegswitwen“ zur Verfügung gestellten Mitteln bewilligt werde.

Was der Krieg bringt.

Der deutsche Abendbericht.
WZ. Berlin, 26. Juni, abends. (Amtlich.)
Von den Kampfzonen nichts Neues.

Die Kämpfe in Italien.

Oesterreichisch-ungarischer Bericht.
Wien, 26. Juni. (Amtlich.)
An den Fronten westlich der Etsch war die Gefechts-tätigkeit in den letzten Tagen wieder lebhafter. Auf dem Zugna-Rücken schlugen wir starke, durch heftiges Geschützfeuer eingeleitete Vorstöße unter schweren Feindverlusten ab. Auf der Hochfläche von Asiago und zwischen Brenta und Piave verlief der gekrige Tag wesentlich ruhiger. Das erbitterte Ringen vom 24. Juni hat für die Italiener mit einem vollen Mißerfolg geendet, der am klarsten in Erscheinung trat, daß in den meistumkämpften Kampfgebieten auf dem Abolone und dem Monte Peliccia unsere dem Feind folgenden Abteilungen beträchtliche Abschnitte seiner vordersten Linie in Besitz nahmen. So sind demnach dank der Tapferkeit und dem beharrlichen Zugreifen unserer in ungebrochener Kampfkraft stehenden Truppen alle italienischen Anstreichungen, das am 15. d. Mts. eingeübte Gelände wieder zurückzuerobern, blutig gescheitert. Bei der Heeresgruppe des Feldmarschalls von Brovedic keine besonderen Ereignisse.

Eine spanische Friedensvermittlung-Aktion?

Reuter meldet aus Madrid: Der österreichische Botschafter besuchte den Minister des Äußeren. In den Verhandlungen der Kammer verläutet, daß die spanische Regierung das Parlament zu vertragen wünscht, um Zeit und Gelegenheit zu finden, in internationalen Angelegenheiten von Wichtigkeit zu intervenieren.

Aus dieser Meldung geht nicht hervor, in welcher Angelegenheit Spanien intervenieren will. Max geht aber wohl nicht fehl in der Annahme, daß es sich um eine Aktion zugunsten des Friedens handelt.

Das Wirtschaftsprogramm der Sowjetregierung.

Von dem ersten Kongreß des Höheren Rates der Volkswirtschaft, der soeben in Moskau getagt hat, haben wir bereits einiges berichtet. Die Petersburger Telegraphen-Agentur gibt jetzt weiteres bekannt. Der Kongreß, auf dem 8 Bezirke und 34 Gouvernements vertreten waren, hat folgende Maßnahmen für notwendig erklärt und deren Durchführung angeordnet: Fortsetzung der Liquidation des Großgrundbesitzes und Beseitigung der Monopolrechte von der Leitung des ökonomischen Lebens des Landes. Als erste Aufgabe wurde die Nationalisierung der Bergbau- und Hüttenindustrie, des Maschinenbaues, der Gemischen, Kappas- und Textil-Industrie festgelegt, mit der Maßgabe, daß die Nationalisierung ausschließlich vom Höheren Rat durchgeführt wird. Zwecks Hebung der Produktionskräfte des Landes ist eine Regelung der Verteilung der Arbeitskräfte als notwendig erkannt worden. (Festlegung einer Produktionsnorm, Uebereinstimmung des Arbeitslohnes mit der Leistung, strenge Disziplin, die die Arbeiterorganisationen durchführen müssen, Mobilisation aller technischen Kräfte und Spezialisten). Viel Bedeutung wurde der

Der Bürgerausschuss beschloß, dem Reichsausschuss in seiner gestrigen Sitzung folgenden Antrag des Senats: Nachbesserungen von insgesamt 8500,84 Mk. für das Rathaus, die Gerichte und das Katasteramt; Verkauf eines Grundstückes in Schlutup an den Tischlermeister Heinrich Wellmann; Erwerb von etwa 12 390 qm großen Grundstücken zum Ausbau des Kanalschloßes (Preis pro Quadratmeter 4 Mk.); Verkauf des Grundstückes Elberbrook 20; Gewährung von Wittwengeld in Höhe von 600 Mk. jährlich an die Witwe des Kommodors der Kaiserlichen Marinebahn Heinrich Odenburg; Ankauf des Kesseldampfers „Emmanuel Geibel“ zum Preise von 8400 Mk. für die Baubehörde; Bewilligung von 2500 Mk. als Mittel für Kriegsauffklärungsarbeiten; Nachbewilligung auf die Ausgaben des Polizeiamtes im Jahre 1917; Erhöhung der Schlachthofgebühren um ein Drittel; Bewilligung von 5000 Mk. für die Kohlenlieferanten in Mittau.

Um die Garberoberverhältnisse in der Stadthalle zu verbessern beschloß der Senat den Ankauf der Grundstücke Mühlenbrücke Nr. 13 und 15 und hinter Mühlenbrücke 15 zum Preise von 45 600 Mark. Der Staat sollte außerdem verpflichtet sein, die Grundstücke von 70,95 Mk. ohne Anrechnung auf den Kaufpreis zu übernehmen. Die Finanzbehörde hat den Ankauf der Grundstücke empfohlen, da der Staat, nachdem er für den Erwerb der Stadthalle Summen in bedeutender Höhe aufgewendet hat, ihres Erachtens nunmehr auch die Garberoberverhältnisse in der Stadthalle zu bessern. Der Bürgerausschuss lehnte in seiner gestrigen Sitzung den Antrag auf kommunisatorische Prüfung der Vorlage ab und sprach sich dann mit 19 gegen 3 Stimmen gegen den Ankauf aus. Wenn man bedenkt, daß die unglückliche Stadthalle nicht so sehr an den Mängeln der Garberober als an den Mängeln der Luft krank, wenn man weiter in Betracht zieht, daß der Preis des anzukaufenden Grundstückes viel zu hoch und die Stadthalle nur ein Vierteljahr lang geöffnet ist, so kann man den Beschluß des Bürgerausschusses wohl begreifen.

Erhöhung der Kohlenbezugspreise in Sicht. Der Ausschuss des Rheinisch-Westfälischen Kohlenbündnisses hat nach den Meldungen der Zechenblätter beschlossen, der nächsten Zechenbesitzerversammlung vorzuschlagen, die Richtpreise der Kohlen für die Monate Juli und August unverändert zu lassen. Voraussetzung für die Beibehaltung der bisherigen Preise sei jedoch, daß die Mehrgewinne aus dem Auslandsverkauf in der jetzigen Höhe den Zechen verbleiben. — Danach kann mit Sicherheit annehmen, daß die Kohlen im Juli und August von den Zechen noch zu den bisherigen Preisen abgegeben, dann aber erhöht werden. Der Bezug von Kohlen muß daher in den beiden nächsten Monaten nach Möglichkeit hier gesichert werden. Zweifellos steht fest, daß nur diejenigen Bezahler die Gewissheit haben, ihre Winterkohle zum heutigen Preise zu bekommen, die sich jetzt mit ihr versehen.

Wann kann der Käufer wegen Höchstpreisüberschreitung bestraft werden?

Mit dem 1. Juni d. J. ist die neue, die ganze Wucherergesetzgebung auf eine den Erfordernissen des Lebens besser angepasste Grundlage stellende Bundesratsverordnung vom 8. Mai d. J. in Kraft getreten. Nach dieser macht sich der Käufer nur noch strafbar, wenn er Ueberhöchstpreise gewährt bzw. verspricht für Waren, die er mit Gewinn weiterzuverkaufen beabsichtigt, eine Abfahrt, die ihm aber der Staatsanwalt erst nachweisen muß. Zahlt der Käufer die höheren Preise nur mit der Absicht, die Ware seinem Haushalte zum Selbstverbrauch zuzuführen oder sie vielleicht einem Verwandten oder Bekannten zum Selbstkostenpreise, also ohne Gewinn, weiterzugeben, so kann ihm kein Staatsanwalt etwas anhaben.

Das schließt natürlich eine Bestrafung wegen anderer Delikte nicht aus. Der „Samtler“ zum Beispiel, der trotz Ausführungsverbot Speck und Schinken aus Bayern nach Norddeutschland oder umgekehrt, oder aus einem Regierungsbezirk in den anderen schmuggelt, kann wegen Ueberhöchstpreisüberschreitung des Ausführverbots bestraft werden. Wer dem Marktzwang unterstehende Waren ohne Abfertigung von Marken erstreckt, hat deshalb Anzeige und Strafe zu gewärtigen. In beiden Fällen kommt es nicht darauf an, ob er sich an die Höchstpreise gehalten oder sie überschritten hat, ob er selbst verzehrt oder weiterverkauft.

Je nun aber auch die neue Verordnung in der Hauptsache gegen den gewerbemäßigen, auf übermäßigen Vorteil ausgehenden, ungesetzlichen Handel gerichtet, so kann doch auch der nur auf Selbstverbrauch ausgehende Käufer mit dem Gesetz in Konflikt geraten, wenn er den Verkäufer dazu anregt, seine Ware zu einem dem Höchstpreis überschreitenden Preise herzugeben, wenn er ihn dazu auffodert, ja schon, wenn er sich, ohne daß er von dem Verkäufer bereits ein aufmunternder Schritt getan ist, zur Zahlung höherer Preise einfach „erbielt“. Es sind schließlich Fälle denkbar, in denen Käufer und Verkäufer gleichzeitig denselben Willen haben, das Gesetz zu umgehen und das Geschäft zu unzulässigen Preisen zu machen. In Fällen eines solchen abgekarteten Handelns, einer doliolen Verabredung beider Teile, wird der Käufer ebenfalls strafbar. Der Verkäufer macht sich in allen Fällen strafbar, wenn er die Höchstpreise überschreitet.

Verbot des Handels von Gemüse mit Kraut. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst, Verwaltungsabteilung, hat verfügt, daß einseitig in Rhabarber nur noch mit einem Blattansatz bis zu 3 Zentimeter, Mörrchen, Möhren und Karotten überhaupt nicht mehr mit Kraut gehandelt werden dürfen. Für die letzteren drei Gemüselinien gilt eine Ausnahme nur insofern, als hier der Absatz mit Kraut noch für den Fall zugelassen ist, daß die Ware vom Erzeuger mit Fuhrwerk und dergleichen auf kurze Entfernungen — ohne Benutzung der Bahn — an die Absatzstelle, besonders auf öffentliche Märkte, gebracht wird. Im Vorjahre hat die Verladung dieser Gemüse mit Kraut vielfach zu Unzuträglichkeiten geführt und schlechtes Eintreffen der Ware am Bestimmungsorte verschuldet. Die Reichsstelle hat sich daher nach Anhörung der Landes-, Provinzial- und Bezirksstellen und mit deren fast allseitiger Zustimmung zum Erlaß eines Verbotes im erwähnten Sinne entschlossen.

Aus Anlaß vielfachen Mißbrauchs der Feldpost wird erneut darauf hingewiesen, daß nur Heeresangehörige Anspruch auf die Gebührenerleichterungen und Vergünstigungen im Feldpostverkehr genießen und auch nur für Sendungen in ihren Privatangelegenheiten, nicht in ihren gewerblichen Angelegenheiten. Den Angehörigen des Heeres gleich steht das Personal der deutschen Landesvereine von Roten Kreuz und der ihnen gleich zu achtenden Orden und Gesellschaften, soweit es in der freiwilligen Krankenpflege auf dem Kriegsschauplatz wirklich tätig ist, also nicht auch bei ständiger oder vorübergehender Aufenthalt in der Heimat. Die Postvergünstigungen gelten nicht im Ortsverkehr und nicht für Zivilbeamte der Militärverwaltung, sofern ihnen nicht die Eigenhaft als Militärbesatzung zugesprochen worden ist. Es wird dringend davor gewarnt, Briefsendungen zur Erlangung der damit verbundenen Gebührenvergünstigungen unrechtmäßigerweise mit dem Vermerk „Feldpostbrief“ zu versehen. Die Postverwaltung leistet in allen zu ihrer Kenntnis kommenden Fällen dieser Art gegen die Absonder das Strafverfahren wegen Posthinterziehung ein.

wb. Santheater. „Schwarzwaldmädel“. Operette in 3 Akten von Aug. Neidhardt. Musik von Leon Jessel. Mit diesem neuen Werk des erfolgreichen Komponisten beschließt Direktor Kurt Hagen sein hiesiges Gastspiel. Und man darf ihm Dank sagen, daß er uns damit bekannt gemacht hat. Der Inhalt soll nur angebeutet werden. Blaus Römer, der Domkapellmeister von St. Christoph ist ein weit berühmter Meister der Orgel. Bei ihm ist das Bärbele bedient, ein armes Mädchen, das eine alte Hexe zur Tante hat. Alljährlich am Tag der heiligen Cäcilia findet in St. Christoph ein Volksfest statt, für das der Domkapellmeister wochenlang vorher die weibliche Jugend des Städtchens als Chor einübt. Zu dem Feste strömen gewöhnlich auch Fremde herbei und vor allem natürlich Berliner. So schneien auch diesmal zwei Jungburschen, ein Freitänzerlein und der süßliche Kunstfleischerfabrikant Schmuckheim, der alles „todschid“ findet, in den stillen Schwarzwaldbort. Und der Wirt vom „Blauen Ochsen“, der Bürgermeister, Feuerwehrröhre und Nachtwächter in einer Person ist, hat alle Hände voll zu tun und „steht dem nachlos vis a vis“. Das Cäcilienfest endet nach oberbayerischem Mutter in einer solennem Schlägerei, bei der namentlich die Berliner schlecht abkommen. Während der Vorbereitungen hat sich der Domkapellmeister in das Bärbele verliebt und schon glaubt er an die Auferstehung seiner Jugend und sieht das frische Mädchen als sein Weib, da er denkt sie ihm, daß einer der beiden Berliner Jungburschen ihr Herz gewonnen hat. In freudigster Regung kündigt das Spiel aus zu dem Leon Jessel, der früher selbst Kapellmeister am hiesigen Hanja-Theater war, eine wirklich reizende Musik geschrieben hat, die man gern von einem vollbesetzten Orchester gehört hätte. Kapellmeister Ehard gab sich viel Mühe. Von den Darstellern verdienen an erster Stelle Fr. Heine und Herr Geyer genannt zu werden. Sie tragen das ganze Stück. Geyer war ein prächtiges liebes Bärbele und Herr Geyer wurde darstellerisch der Rolle des Domkapellmeisters vollkommen gerecht. Nur gesangslich haperte es bei ihm. Aber bei ihm nicht allein. Von den beiden Wandlerburschen gefiel Herr Deinhardt als Hans am besten, während Herr Heller dem Richard zu viel „Farereien“ unterließ, die absolut nicht am Platze waren. Seine Rolle und die der Malwine von Hatmau, die Fr. Solberg hatte, sind die schwachen Stellen des Stückes. Die übrigen Schwarzwaldbädel Vorle und Hannele wurden von Fr. North und Fr. König dargestellt. Recht gut war auch der Chor. Weiter verdient Fr. Merk als „die alte Traudel“ erwähnt zu werden. Von den übrigen Darstellern trugen noch Herr Wagner als Ochsenwirt und Herr Callenbach als Berliner Kunstfleischerfabrikant zum Gelingen der Aufführung bei. Das fast vollbesetzte Haus spendete stürmischen Beifall und verlangte viele Wiederholungen der Gesangs- und Tanzszenen.

Ludendorff-Spende: Die Genossenschaft der Stadt Göttingen und Schlutwer Hilfsvereinsgenossenschaft überwiegen den Betrag des am Sonnabend für die Kriegesbeschädigtenfürsorge veranlaßten Frischfanges in Höhe von 2250,60 Mk. dem Ausschuss für die Ludendorff-Spende.

Der Dieb, das hier vor einigen Jahren aufgeführte Soldatenstück, wird auf kurze Zeit wieder nach Lübeck kommen.

Altona. Präsentation von Sozialdemokraten zur Senatswahl. Für die Wahl eines unbesetzten Senatsors hat die Präsentations-Kommission Rektor Schwarze und die sozialdemokratischen Stadtverordneten Reaktor Stoll und Baurerarbeiter Thomas, der Wählerchaft präsentiert. Es ist dies das erste Mal, daß ein sozialdemokratischer Vertreter für einen Senatsors evtl. in Frage kommt. Die Wahl findet am 17. Juli statt.

Kiel. Mord und Selbstmord. Der Kalkulator Petersen und dessen Ehefrau wurden Dienstag in ihrer Wohnung am Niemannweg 10 tot aufgefunden. Bei beiden war der Tod durch Schußwunden herbeigeführt. Die Wohnungstür war verschlossen und mußte erst gewaltsam geöffnet werden. Aus vorgefundenen Briefen des P. geht hervor, daß er mit seiner Frau oft eheliche Zwistigkeiten hatte. Aus diesem Grunde fand auch kurz vor der Tat eine Auseinandersetzung zwischen beiden Eheleuten statt. In deren Verlauf zog P. einen Revolver hervor und schoß seine Frau nieder. Dana richtete er die Waffe gegen sich selbst und tötete sich ebenfalls durch einen Schuß.

Uttendorf. Ein schweres Brandunglück. Im benachbarten Uttendorf ist in der zweiten Morgenstunde die große Scheune des hiesigen Hofes niedergebrannt. Das Feuer griff bei dem rasenden Sturm so schnell um sich, daß außer dem gesamten Wirtschaftsinventar sechs Kühe und ein Pferd mit Fellen mitverbrannt sind. Auch konnten sich von den drei in der Scheune schlafenden Dienstlingen nur noch zwei durch Sprung aus dem Fenster retten, der dritte, Johann Winter aus Uttendorf, wurde als verkohlte Leiche unter den Trümmern hervorgezogen. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Hauptmann wegen Bestechung verurteilt. Wie seinerzeit berichtet, wurde Hauptmann Philipp aus Wiesbaden vom Gouvernementsgericht Mainz wegen passiver Bestechung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Gleichzeitig wurde die Einziehung der Bestechungsgelder in Höhe von 256 000 Mark ausgesprochen. Auf die eingeleitete Berufung bestätigte nicht nur das Oberkriegsgericht dieses Urteil, sondern verschärfte es noch dadurch, daß es die Dienstentlassung in Entlassung aus dem Heere umwandelte. Hauptmann Philipp hat gegen dieses Urteil das Rechtsmittel der Revision eingeleitet, jetzt aber darauf verzichtet, so daß das Verfahren gegen ihn nunmehr erledigt ist.

Aus Nah und Fern.

Peter Hofegger, der bekannte und beliebte feierliche Volksdichter, ist im Alter von 75 Jahren gestorben. Wir kommen auf sein Wirken noch eingehender zurück.

Im Zeichen der Fleischknappheit. Aus der Hoffaltung einer Prinzessin kommt folgender Brief an einen Münchener Metzgermeister: „Sehr geehrter Herr! Werde die uns extra zugewiesenen fünf Pfund Fleisch, die wir für die extra Einladungen wöchentlich erhalten, wegen der Marktabrechnung von jetzt ab ganz bei Ihnen nehmen. München, den 1. Juni 1918. Hochachtungsvoll K. Z., Hoffkammerherr.“ Die „Münchener Post“ bemerkt dazu: „Wer hat dieser Hoffhaltung für ihre Einladungen wöchentlich fünf Pfund Fleisch extra zugewiesen? Darüber erbiten wir uns ebenso höflich als bestimmt eine unabweisliche Antwort.“

Wahnsinnstakt einer Mutter. Aus Hirschberg wird gemeldet: Die Kriegsfrau Lange aus Hirschdorf warf ihre beiden drei und vier Jahre alten Kinder in den Dorfteich, wo sie ertranken, und verübte auf gleiche Weise Selbstmord. Wahrscheinlich hat die Frau in einem Anfall von Geistesgestörttheit die Tat begangen.

Großfeuer in Grimshy. Wie Reuter meldet, ist der nördliche Teil von Grimshy am 18. Juni vollständig durch Feuer zerstört worden.

Morde. In Zommendorf bei Altenstein sind die 50 Jahre alte Witwe Lobert und deren 25jährige Tochter ermordet worden. Die Leichen der beiden Frauen wurden im Stall unter dem Dung verscharrt aufgefunden. Der Mörder ist entkommen. — In Dalen im Bezirk Münster (Westfalen) wurde die 17 Jahre alte Tochter eines Landwirts auf einem einsamen Wege von einem Knecht aus Roggel, der Vater von vier Kindern ist, überfallen und erstochen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Warnung.

Gemäß § 65 der Straßenpolizeiordnung ist es verboten, die Anpflanzungen in den öffentlichen Anlagen durch Abbrechen oder Abschneiden von Zweigen, Blumen und Gras oder auf sonstige Weise zu beschädigen. Dieses Verbot findet nicht überall Beachtung; in neuerer Zeit wird namentlich der Holunder vielfach dadurch beschädigt, daß die Blüten abgepflückt und ganze Büsche zertrümmert werden. Solche Handlungen sind umso mehr zu verurteilen, als der Holunder, dessen Blüte in diesem Jahre eine besonders reiche Ernte verspricht, der Bevölkerung eine in der heutigen Zeit viel begehrte Frucht, die Kliederbeere, liefert und daher besonders geschont werden sollte.

Das Polizeiamt warnt dringend vor jeglicher Beschädigung der Anpflanzungen in den öffentlichen Anlagen; es wird jeden, der wegen solcher strafbaren Handlungen angezeigt wird, unmissverständlich und streng bestrafen.

Lübeck, den 25. Juni 1918. Das Polizeiamt.

Schwarze Karte gegen **Wahstempel** ob. a. H. gel. Nr. 1. S. M. 71 an d. G. (3014)
Junge Kartoffeln (3023)
Ernst Franck, Bad Schwartau.

Wir suchen für unseren Betrieb **ungelernte Arbeiter und Plagarbeiter,** in größerer Zahl, ferner (3020) **Dreher, Schlosser, Lokomotivführer, Rangierer, Heizer, Werkzeug-, Bau- und Rohrschlosser, Rohrleger, Tischler, Rottenarbeiter.** Arbeiterannahmestelle Pulverfabrik Bremmth, Rathenow, Bahnhofstr. 22.

Geschäfts-Eröffnung. Einem geehrten Publikum zur Nachricht, daß ich am **12. Juli** (3027) **Moislinger Allee 57, Ecke Lilienstr.** eine **Schlachterei** eröffnen werde. Indem ich freundliche und saubere Bedienung zusichere, zeichne **hochachtungsvoll F. Wulff, Schlachter.**

Achtung! Vom Drägerwerk Entlassene werden durch ihre **Knochenkarten** (3024) bis Sonnabend, den 29. Juni, nachmittags 3 Uhr, abgeholt. **Schwarzwalddädel.**

Der Hias kommt wieder. (3019)

Bilderleisten einrahmungen (3017) Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

Alle Arbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (3016)

Otto Albers Markt 4. Kohlmarkt 10. Mitgl. des Rab.-Sparv. Lübeck.

Rechnungs-Formulare werden hergestellt in der Buchdruckerei „Eib. Volksbote“ Johannisstraße 46.

Stadthallen-Theater. Direktion: Stanislaus Fuchs. (3022) Donnerstag, d. 27. Juni 1918: Auf vielfachen Wunsch: **Der Vogelhändler.** Operette von Karl Zeller. Freitag, den 28. Juni 1918: **Die fünf Frankfurter.** Lustspiel von Carl Rösler. Sonnabend, den 29. Juni 1918: **Der Soldat der Marie.** Operette von Leo Ascher. Anfang der Vorstellungen 8 Uhr. **Visitenkarten** Buchdr. Friedr. Meyer & Co.